

<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2131652-Gesundheitskasse-fehlen-930-Millionen-Euro-an-Dienstgeberbeitraegen.html?fbclid=IwAR31btGd2WyOBDvMtMvyr1wIB4O3c6Gwpc3uxqSwVgRyJIqANZ1u6r1IGwA>

KRANKENVERSORGUNG:

Gesundheitskasse fehlen 930 Millionen Euro an Dienstgeberbeiträgen

Die Folgen der Coronakrise sorgen für das meiste Kopfzerbrechen. Physiotherapie auf Kassenkosten ist ab 2022 aber fix.

vom 16.12.2021, 12:00 Uhr | Update: 16.12.2021, 12:24 Uhr

Der Wirtschaftseinbruch wegen der Pandemie und die Schwierigkeiten der Betriebe reißen nicht nur eine Lücke im Bundesbudget aufgrund niedrigerer Steuereinnahmen und Coronahilfen von bisher rund 40 Milliarden Euro. Auch die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK), die Anfang 2020 aus der Fusion der neun Gebietskrankenkassen der Bundesländer hervorgegangen ist, kämpft wegen der Beitragsausfälle mit Schwierigkeiten, auch wenn sich die Außenstände mehr als halbiert haben. Ende November waren noch 927 Millionen Euro an Dienstgeberbeiträgen ausständig.

Diese Zahl wurde bei einer Pressekonferenz der Gesundheitskasse mit Obmann Andreas Huss und Generaldirektor Bernhard Wurzer am Donnerstag genannt. Die Kasse hat Beitragseinnahmen wie auch der Fiskus gestundet. Am Höhepunkt der Coronakrise waren demnach 190.000 Unternehmen mit einer Gesamtsumme von 2,3 Milliarden Euro an Dienstgeberbeiträgen im Rückstand. Mittlerweile sind es 130.000 Betriebe mit offenen Forderungen deutlich unter einer Milliarde Euro. Für das laufende Jahr 2021 rechnet die ÖGK nun mit einem Bilanzverlust von 143 Millionen Euro.

Die Fusion der Gebietskrankenkassen der Arbeitnehmer zur Gesundheitskasse durch die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung hat von den Plänen bis zur Umsetzung für heftige Auseinandersetzungen gesorgt. Hauptgrund war, dass im Zuge der Reform nun die Dienstgebervertreter in der ÖGK eine Mehrheit haben, was wütende Proteste der SPÖ-Gewerkschafter zur Folge hatte. Die Wogen haben sich zwar geglättet, wenngleich es weiter Differenzen mit der ÖVP-dominierten Bundesregierung gibt.

So wurde kurz vor dem Beschluss im Ministerrat am Mittwoch, wie berichtet, in der [Steuerreform](#) ein Punkt geändert, der ein zusätzliches Loch bei den Beiträgen der Gesundheitskassen gerissen hätte. Ursprünglich war von der türkis-grünen Bundesregierung eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge zur Entlastung von Beziehern niedriger Einkommen vorgesehen. Das wurde geändert: jetzt ist für das kommende Jahr eine Negativsteuer in Form einer Gutschrift durch den Bund geplant.